



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREIS CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Beschlussbuch

der

Kreisdelegiertenversammlung
der
SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

vom 13.09.2019

SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Kontakt

isabel.herrmann@spd.de
Telefon: (030) 86 31 38 75
Telefax: (030) 86 31 38 76

Sprechzeiten: Di 15-17 Uhr | Mi und Do 10- 12 Uhr
Internet: www.spd-citywest.de

Kontoverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE69 1005 0000 0190 7189 51
BIC: BELADEV3333

Antrag 1/III/2019

Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

03

04 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

05 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

06

07 **Think Big, think social, think outside the box:**

08 **Neue Wege gegen die Berliner Wohnungsfrage**

09

10 Wir fordern:

11

12 - Die Planung neuer Stadtquartiere muss in Berlin zügig vorangetrieben werden. Ein großes An-
13 gebot von bezahlbaren Wohnungen, ein ausgewogener sozialer Mix und der Einbezug klimawis-
14 senschaftlicher und gesundheitswissenschaftlicher Forschungsergebnisse sollen hierfür die
15 Maßstäbe sein.

16 - Den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften und anderen
17 gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen soll der Zugang zu Bauflächen erleichtert
18 werden. Hierfür müssen die rechtlichen und finanziellen Bedingungen weiter verbessert wer-
19 den. Gleichzeitig müssen Kriterien entwickelt werden, die die Gemeinwohlorientierung festle-
20 gen.

21 - Wir unterstützen eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes

22 - Wir unterstützen ein neues, öffentlich gebautes Stadtquartier auf dem Gebiet der sogenannten
23 „Bürgerstadt Buch“

24 - Wir fordern die Gründung einer Berliner Immobilien Entwicklungsagentur. Unter Beteiligung
25 von Land Berlin, IBB und Bezirken soll diese Flächen für den Neubau neuer Stadtquartiere iden-
26 tifizieren und erwerben. Die Agentur soll neue Stadtquartiere planen und entwickeln und
27 Grundstücke den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften unter Auf-
28 lagen in Erbbaurecht zur Verfügung stellen.

29 - Neue Stadtquartiere müssen so geplant werden, dass die Gebäude sich gegenseitig verschatten.
30 Ebenso müssen die Fassaden und Dächer begrünt werden.

31 - Wir fordern außerdem den Einsatz für eine Verbesserung der finanziellen und rechtlichen Rah-
32 menbedingungen für bezahlbares Wohnen in der EU und einen verstärkten Austausch der Lan-
33 desverwaltungen mit anderen Großstädten bei der Konzeption und der Weiterentwicklung der
34 Kriterien neuer Bauprojekte.

35 - Für alle größeren Neubauprojekte muss verpflichtend ein Konzept zum nachbarschaftlichen
36 Zusammenwachsen vorhanden sein, das zum Beispiel Methoden wie das Quartiersmanagement
37 beinhaltet

38 - Innerhalb der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften muss die Anpassung des Wohnraums
39 an die Lebenssituation leichter und besser werden. Wir fordern den Ausbau von Tauschbörsen
40 und anderen Instrumenten

41 - Wir kämpfen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Daher fordern wir ein Konzept
42 gegen Diskriminierung bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften

43 - Die Berliner Verwaltung muss auf allen Ebenen so personell ausgestattet werden, dass sie Leer-
44 stand bekämpfen, aber auch neue Flächen für den Wohnungsbau identifizieren kann.

45

Begründung

47

48 Für die Berliner Wohnungsfrage müssen Lösungen gefunden werden, die ihrem Ausmaß gerecht
49 werden. Privaten Wohnungsbesitz in kommunale Hand zu überführen, steigende Mieten einzufrie-
50 ren und Zweckentfremdung entschieden zu bekämpfen sind alles dringend notwendige Maßnah-
51 men. Aber die obszönen Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen und die Verzweiflung mittlerweile

52

01 vieler Menschen, die sich von Zwischenmiete zu Zwischenmiete hangeln, zeigen, dass all diese
02 Maßnahmen ohne die Schaffung von ausreichend neuem Wohnraum langfristig Tropfen auf heißem
03 Beton bleiben. Vor diesem Hintergrund muss die Bautätigkeit für Schaffung von neuem Wohnraum
04 in Berlin erhöht werden. Der stetig wachsende Bedarf an neuem Wohnraum und das geringe Ange-
05 bot für kleine und mittlere Einkommen in der Innenstadt müssen zu einer Intensivierung des Baus
06 neuer Wohnungen führen. Der Erfolg von R2G wird maßgeblich von der erfolgreichen Bewältigung
07 der Wohnungskrise abhängen. Deshalb müssen der politische Wille und die administrative Leis-
08 tungsfähigkeit der Berliner Verwaltung dringend gesteigert werden. Gleichzeitig müssen die Krite-
09 rien bei Neubauten überarbeitet werden, sodass dem steigenden Bedarf Rechnung getragen wird.
10 So sollten beispielsweise die Kriterien bei der maximalen Höhe eines Gebäudes angepasst werden.
11 Höhere Gebäude schaffen insbesondere in den Innenstadtlagen eine Maximierung an Wohnfläche
12 auf begrenzter Baufläche.

13
14 Des Weiteren müssen wir uns auch beim Dachgeschossausbau fragen, ob wir einseitig dem Denk-
15 malschutz Rechnung tragen wollen oder es Möglichkeiten gibt, die hier vorhandenen Flächenpoten-
16 tiale für zusätzlichen Wohnraum zu nutzen.

17
18 Darüber hinaus muss auch ein wichtiger Bestandteil bei der Planung von Neubauten die Anpassung
19 auf die dramatischen Auswirkungen der Klimakrise sein. So werden aufgrund der zunehmenden
20 Extremwetterereignisse zum Beispiel große Grün- und Wasserflächen u.a. zur Kühlung benötigt.
21 Verschattung muss künftig eine wichtigere Rolle in der Planung spielen. Frischluftschneisen, die
22 kühlere Luft vom Umland in die Stadt führen, dürfen nicht bebaut werden, da sonst der natürlichen
23 Luftzirkulation in der Stadt quasi der Motor abgestellt wird. Die Planung von Gebäuden muss zudem
24 die Reduktion der umweltschädlichen Auswirkungen sowie des Verbrauchs von endlichen Ressour-
25 cen zum Ziel haben. Klar ist: der Mangel an Wohnraum und hohe ökologische Kriterien dürfen nicht
26 gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in einer Gesamtstrategie zusammengedacht
27 werden.

28
29 **Think big!**

30 Dazu brauchen wir Großprojekte, und zwar viele. Die erneut aufgeflammete Debatte um die Rand-
31 bebauung des Tempelhofer Feldes und das Konzept der Bürgerstadt Buch sind dringend benötigte
32 Impulse. Wir unterstützen die schnellstmögliche Umsetzung beider Ideen entschlossen. In einer
33 Stadt, die (selbstverschuldeter Weise) immer noch unter den Traumata des BER und des Stadt-
34 schlosses leidet, stoßen Großprojekte jedoch schnell auf pauschale Gegenwehr. Zu kompliziert, zu
35 teuer, unsinnig, Bauen ist schön aber bitte nicht bei mir vor der Tür. Wenn wir die Bürger*innen
36 davon überzeugen wollen, dass Rot-Rot-Grün als progressives Projekt diese Stadt nachhaltig gestal-
37 ten kann, muss mit dieser Mentalität Schluss sein.

38
39 Ein Beispiel, wie Großprojekte im Wohnungsbau sozial, inklusiv und finanzierbar gestaltet und um-
40 gesetzt werden können, ist die Seestadt Aspern in Wien. Auf sozialdemokratische Initiative und
41 unter sozialdemokratischer Federführung entsteht in Wien ein komplett neues Stadtquartier, das
42 Wohnraum für über 20.000 Menschen und über 25.000 neue Arbeitsplätze schafft. Soziale Durch-
43 Mischung, Mietpreisbindung, Klimaverträglichkeit der Gebäude sowie die entsprechenden Ver-
44 kehrskonzepte werden aktiv staatlich gestaltet. Parallel zum Wohnraum entsteht ein Netzwerk aus
45 sozialer Infrastruktur mit Schulen, Kitas und Freizeitangeboten.

46
47 Für die Finanzierung der Seestadt Aspern, ist Wien neue Wege gegangen. Das Grundstück der See-
48 stadt ist im Besitz der Wien 3420 Aspern Development AG, welche gleichzeitig als eigenständiges
49 Planungs- und Entwicklungsbüro für die Seestadt agiert. Die Wien 3420 gehört zu 73,6% der Wirt-
50 schaftagentur Wien (ein Wirtschaftsförderungsfonds der Stadt Wien, der Zentralsparkasse der
51 Gemeinde Wien, der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG und der Wirtschaftskammer
52

01 Österreich) und zu 26,4% der staatlichen Bundesimmobiliengesellschaft. Diese Partner haben das
02 Geld zur Verfügung gestellt, mit dem das jetzige Grundstück der Seestadt gekauft und zusammenge-
03 führt wurde. Zur Entwicklung wurde das Areal anhand eines stadtplanerischen und architektoni-
04 schen Masterplans in Gebäude-große Parzellen unterteilt. Diese Teilgrundstücke wurden dann je-
05 weils in Wettbewerbsverfahren, in denen die gewünschten Kriterien wie soziale Durchmischung von
06 der Wien 3420 vorgegeben wurden, für Private ausgeschrieben. Manche Parzellen wurden auch an
07 kommunale Wohnungsbauunternehmen zum Bau traditioneller Wiener Gemeindebauten oder an
08 die Stadt Wien für den Schul- und Kitabau abgegeben. So muss der Staat zwar in die Grundstücke
09 der Seestadt investieren, den Wohnungsbau übernehmen aber zum Großteil private Unternehmen
10 zu vorgeschriebenen Kriterien.

11
12 Für Berlin muss die Seestadt Aspern ein leuchtendes Beispiel sein. Wir fordern deshalb die Entwick-
13 lung neuer Stadtquartiere am Stadtrand unter sozialen Gesichtspunkten. Der Vorschlag der Bür-
14 gerstadt Buch kann ein solches Projekt sein, darüber hinaus müssen jedoch alle weiteren Potenziale
15 für ambitionierte Wohnungsbauprojekte identifiziert werden. Wir fordern deshalb die Gründung
16 einer Berliner Immobilien Entwicklungsagentur. Anders als die Berliner Immobilien Management
17 GmbH (BIM), die einzelnen Liegenschaften lediglich verwaltet, soll diese Agentur nach dem Vorbild
18 der Wien 3420 neue Stadtquartiere Planen und Entwickeln. Zum Erwerb der benötigten Grundstü-
19 cke müssen alle öffentlichen Akteure in die Pflicht genommen werden. Die Investitionsbank Berlin
20 (IBB), die Kreditbank für Wiederaufbau (KfW) und das Land Berlin sollen an der Agentur beteiligt
21 werden und die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Auch der Bund muss in Form der Bundes-
22 anstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) in die Pflicht genommen werden, um die Kommunen
23 und Länder aktiv bei der Bewältigung der Wohnungskrise unterstützen. Die Industrie und Handels-
24 kammer Berlin (IHK) kann gegebenenfalls nach dem Beispiel der Wirtschaftskammer Österreich als
25 Partner herangezogen werden. Durch eine solche Verteilung der Investitionen und finanziellen Last
26 auf viele Schultern, wird eine einseitige und langfristig potentiell gefährdende Belastung des Berli-
27 ner Landeshaushaltes vermieden. Die Grundstücke sind sowohl den landeseigenen Wohnungsbau-
28 gesellschaften, als auch Privaten durch Wettbewerbsverfahren mit festgeschriebenen Kriterien wie
29 Mietpreisbindung, sozialem Wohnungsbau und sozialer Durchmischung in Erbpacht zum Woh-
30 nungsbau zur Verfügung zu stellen.

31 32 **Think social!**

33 Um sozialgerechten Neubau umzusetzen, müssen wir neue Maßstäbe fassen. Neben einer bezahl-
34 baren Miete muss zur Einrichtung neuer Stadtquartiere auch das Quartiersmanagement gehören.
35 Nur durch den Aufbau nachbarschaftlicher Verbindungen werden aus den Neubausiedlungen Kieze.

36
37 Zudem ist darauf zu achten, dass innerhalb der neuen Quartiere, und auch generell innerhalb der
38 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine noch stärkere Flexibilität gewährleistet werden
39 kann. Tauschportale sind erst der Anfang, denn es muss selbstverständlich werden jederzeit den
40 Wohnraum an die persönliche Situation anpassen zu können und zum Beispiel auf altersgerechten
41 Wohnraum zurückgreifen zu können.

42
43 Sozialer Neubau heißt für uns auch, dass er sozialgerecht verteilt wird. Wir fordern eine Strategie
44 gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, auch aber vor allem in den landeseigenen Gesell-
45 schaften.

46 47 **Think outside the box!**

48 Unsere Lösungen gegen die Berliner Wohnungskrise dürfen nicht allein auf Großprojekte fixiert sein.
49 Wir brauchen maßgeschneiderte Lösungen für jede freie Fläche und müssen noch stärkere Bemü-
50 hungen daransetzen, neue freie Flächen zu identifizieren und zu erschließen. Lösungen auf den Dä-
51 chern dieser Stadt gehören hierbei genauso hinzu, wie kurzfristige Vermietung vor dem Abriss von
52

01 Objekten. Wir fordern, eine höhere personelle Ausstattung der Verwaltung um solche Lösungen
02 möglich zu machen.

03
04
05

06 **Antrag 4/III/2019**

07 *Abteilung 98 (Wilmersdorf Nord)*

08
09
10

09 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

11 **Fußwege für FußgängerInnen sichern**

12
13
14
15
16
17

13 Die Belastung des Klimas und der Stadt durch den motorisierten Verkehr und die wachsende Ge-
14 fährdung, Verängstigung und Einschränkungen der Menschen auf Fußwegen durch widerrechtlich
15 abgestellte oder die Fußwege als Fahrweg nutzende „Fahrzeuge“ machen den Schutz der Menschen
16 und die Sicherung der Fußgängerflächen durch neue Maßnahmen erforderlich.

18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

- 18 a) Beginnend mit in besonderem Maß belasteten Straßenabschnitten und Plätzen im Bezirk sind
19 Parkplätze für das Abstellen von Fahrrädern, E-Rollern, eScootern, Mopeds, Vespas und Motor-
20 rädern auf ausgewiesenen Parkplätzen und Flächen zum straßenbegleitenden Parken zu reservie-
21 ren und sukzessive so umzugestalten, dass sie ausschließlich für diese zugänglich sind. Freiflä-
22 chen an Kreuzungen sind nicht einzubeziehen.
- 23 b) Die Nutzung des öffentlichen Raums (Straßennutzung und Abstellflächen) durch Vermietungs-
24 und Leihfirmen von E-Scootern ist als Sondernutzung diesen Firmen in Rechnung zu stellen.
- 25 c) Es sind vermehrt Ordnungskräfte im Bezirk zu beschäftigen und den Straßenabschnitten zuzu-
26 ordnen, die durch die zunehmende widerrechtliche Nutzung der Fußwege durch Fahrräder und
27 eRoller auffallen. Diese Ordnungskräfte sollten vorrangig auf den Fußwegen tätig sein, um allen
28 nicht zugelassenen Nutzungen unverzüglich mit Sanktionen begegnen zu können und das Ver-
29 trauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen.
- 30 d) Fahrradwege, die Bushaltestellen auf der Fußgängerseite durchkreuzen, sind im geeigneten
31 Abstand vor der Haltestelle mit baulichen Erhöhungen zu versehen, damit Fahrradnutzer an die
32 gesetzlich vorgeschriebene Haltepflicht erinnert werden.

36 **Antrag 5/III/2019**

37 *Abteilung 98 (Wilmersdorf Nord)*

38
39
40

39 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

41 **Olivaer Platz: Gestaltung der nach B-Plan zu erhaltenden Parkplatzfläche**

42
43
44
45

42 Für Behindertenfahrzeuge, Fahrräder, eRoller, Mopeds (et al.) und Motorräder ist eine ausreiche
43 Zahl an Stellplätzen zu reservieren und so umzugestalten, dass sie ausschließlich für diese nutzbar
44 sind. Zusätzlich sind Vorrangplätze für E-PKW und zwei leicht zugängliche E-Zapfsäulen vorzusehen.

46 **Begründung**

47
48
49
50
51
52

48 Mobilitäteingeschränkte Menschen hatten bislang kaum Zugang zum Park Olivaer Platz. Ihre Fahr-
49 zeuge benötigen größere und reservierte Stellflächen. Die im nächsten Jahr im Umbau befindliche
50 Parkplatzfläche kann darüber hinaus ein schnell zu realisierendes Vorzeigeprojekt für die neue Si-
51 cherung der Fußgängerflächen im Bezirk sein.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52

Antrag 6/III/2019

Abteilung 98 (Wilmersdorf Nord)

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:

Tempo-30-Anordnung mit weiteren Maßnahmen unterstützen

Die Einhaltung von Tempo 30 ist mit baulichen Maßnahmen wie z.B. wiederholten Fahrbahnerhöhungen, Wechsel im Pflaster oder Zebrastreifen an Übergängen zu unterstützen. Eine erstes Maßnahmenbeispiel sollte der Straßenzug Xantener Straße, Olivaer Platz, Pariser Straße sein.

Begründung

Seitdem die ehemaligen Fahrbahnerhöhungen in der Xantener Straße entfernt worden sind, wird die angeordnete Verkehrsberuhigung nicht mehr erreicht. Die Straßenabschnitte Pariser Straße zwischen Ludwigkirchplatz und Konstanzer Straße sowie Olivaer Platz (Südseite) lassen eine Quering der Straße kaum noch zu und sind aufgrund der kontinuierlichen Geschwindigkeitsübertretungen durch den motorisierten Verkehr eine Gefahrenzone. Noch nicht einmal das zunehmende Abstellen von Lieferwagen und PKW, die zeitweise Sperrung einer Fahrtrichtung oder das Auftragen der T30 Markierung in den genannten Straßenabschnitten haben zu einer Beruhigung beigetragen. Die gerade Straßenführung und die Sichtbarkeit der Ampel am jeweiligen Straßenende verleiten sogar eventuell Gutwillige zu stark erhöhter Beschleunigung.

Die Durchführung der jeweils vorrangig geeigneten Maßnahme sollte einen Versuch wert sein, der bei Erfolg auf in gleicher Art betroffene Straßen übertragen werden könnte.

Antrag 7/III/2019

Abteilung 98 (Wilmersdorf Nord)

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:

„Laufbusse“ für jeden Schulstand entwickeln

Das Bezirksamt wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Schulen, den Elternvertretungen und der Verkehrsverwaltung für jeden Schulstandort und dessen Einzugsgebiet ein Konzept zur Realisierung von sogenannten Laufbussen zu entwickeln und ein erstes Modellprojekt im Bezirk noch in diesem Schuljahr durchzuführen.

Begründung

Laufbusse können dazu beitragen, „Elterntaxis“, die bisher in großem Maß vor den Schulen Verkehrsbehinderungen und Gefährdungen erzeugen, überflüssig zu machen und somit PKW-Fahrten in der Innenstadt zu reduzieren, das Gedrängel vor Schulen mit den dazu gehörigen Gefahrenquellen zu vermeiden, die Sicherheit des Schulwegs zu erhöhen und für gesundheits- und entwicklungsfördernde Bewegung der Kinder zu sorgen.

Antrag 8/III/2019

Abteilung 98 (Wilmersdorf Nord)

03

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:

05

Sicherer Schulweg zur Cecilienschule über die Bundesallee

07

Die Fraktion wird aufgefordert, zu berichten, inwieweit das im vergangenen Jahr entwickelte Maßnahmenbündel zur Sicherung des Schulwegs über die Bundesallee realisiert bzw. warum es nicht umgesetzt werden konnte, und wie die Sicherung des Schulwegs über die Bundesallee weiterverfolgt wird.

12

Begründung

14

Im Frühjahr des vergangenen Jahres hat eine Initiative ein Maßnahmenbündel zur kurzfristigen Absicherung des Übergangs Bundesallee initiiert und an die Schule, die Elternschaft und an die Fraktion weitergeleitet, weil der Übergang durch eine Baumaßnahme zu einer großen Gefahrenquelle geworden war. Ein Erfolg ist bisher nicht wahrzunehmen.

19

20

21

Antrag 9/III/2019

Abteilung 70 (City-Westend - Klausenerplatz)

24

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

27

Barrierefreiheit auf Berliner Straßen

29

Die Abgeordneten der SPD auf Bezirks- und Landesebene werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Teil Fußverkehr ein Recht auf Barrierefreiheit auf Berliner Straßen insbesondere für Gehbehinderte und Senior*inn*en verankert wird. Die Barrierefreiheit gilt insbesondere für Grünphasen an Hauptverkehrsstraßen, wo auch Gehbehinderte mit deutlich verlangsamter Geschwindigkeit (z.B. Rollatorfahrer*innen durchschnittlich 2 km/h) die Fahrbahnen während der Grünphase weitgehend (mindestens zu dreivierteln) während einer Grünphase überqueren können müssen. Diese Forderung ist auf Anforderung ist von den zuständigen Stellen in Berlin an gemeldeten Ampelkreuzungen innerhalb von sechs Monaten zu realisieren.

38

Darüber hinaus muss im Gesetz, aber vor allem in der Umsetzung mit Blick auf den demographischen Wandel sichergestellt werden, dass gehbehinderte zu Fuß Gehende an Hauptverkehrsstraßen mit beidseitiger Wohnbebauung und/oder Versorgungsinfrastruktur (Einkaufsläden, Apotheken, Cafe's, Kinos, Arztpraxen etc.) mindestens alle 250m eine Möglichkeit vorfinden, wo sie gesichert und mit abgesenkten Bordsteinen die Fahrbahn(en) überqueren können (Zebrastreifen/FGÜ oder Bedarfsampel). Auch hier muss bei Ampelschaltungen der Geschwindigkeit Gehbehinderter entsprechen werden.

46

In Wohn- und Nebenstraßen sind – insbesondere, wenn Querparken erlaubt ist – mindestens alle 150m Durchgänge über die Fahrbahn einzurichten, die auch mit Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwägen zu benutzen sind (abgesenkte Bordsteine). Interessenverbänden von Senioren und Behinderten soll im Mobilitätsgesetz ein Recht zugewiesen werden, die Einrichtungen zur sicheren barrierefreien Straßenüberquerung beantragen zu können und deren Realisierung innerhalb von

51

52

01 einem Jahr ab Beantragung einzufordern.

02

03 **Begründung**

04

05 Die Ampelanlagen in Berlin sind nach den Vorgaben der RILSA (Richtlinie für Lichtsignalanlagen)
06 i.d.R. so ausgelegt, dass zu Fußgehende die Straße während der Grünphase und anschließenden
07 Räumphase mit einer Gehgeschwindigkeit von 1,2 m/sec bzw. 4,6 km/h sicher überqueren können.
08 Diese Geschwindigkeit erreichen viele Gehbehinderte und Senior*inn*en nicht annähernd. Rollator-
09 fahrer*innen haben nach wissenschaftlichen Untersuchungen sogar nur eine Geschwindigkeit von
10 durchschnittlich 2 km/h – d.h. dass ein großer Teil dieser Personengruppe noch langsamer geht. Alle
11 diese Menschen, deren Anteil an unserer Gesellschaft noch deutlich zunimmt, sind durch nicht bar-
12 rierefreie Fußgängerüberwege und zu weite Strecken bis zur nächsten Ampel nicht nur gefährdet,
13 sondern sie werden durch gefährlich kurze Ampelschaltungen immer wieder in ihrem Bewegungs-
14 radius und damit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beschränkt.

15

16 Da weitgehend Einigkeit darin besteht, dass der sichere und barrierefreie Fußverkehr die Grundlage
17 einer nachhaltigen und sozial gerechten Verkehrswende ist, muss hierauf auch mit dem Blick auf
18 den demographischen Wandel ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

19

20

21

22 **Antrag 12/III/2019**

23 *Abteilung 70 (City-Westend - Klausenerplatz)*

24

25 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

26 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

27

28 Die Abgeordneten der SPD auf Bezirks- und Landesebene werden aufgefordert, sich dafür einzuset-
29 zen, dass die bewährte haushaltsnahe Altglassammlung in Berlin erhalten bleibt.

30

31 Die Altglassammlung ist nicht nur ein Baustein der im Koalitionsvertrag vereinbarten „ZeroWaste“-
32 Strategie Berlins und dem Ressourcenschutz. Vor allem ist sie allem ein wichtiger Beitrag zum Kli-
33 maschutz. Beim Wiedereinsatz von einer Tonne Altglas können gegenüber Glas aus neuen Rohstof-
34 fen fast 500 kg CO₂ eingespart werden. Das ist mehr als dreimal so viel, wie pro Tonne getrennt
35 gesammeltem Bioabfall erreicht werden.

36

37 Die Systembetreiber der Verpackungssammlung (Duales System und andere) ziehen sich zur Zeit
38 weiter aus der haushaltsnahen Altglassammlung mit Hoftonnen zurück. Die zuständige Senatsver-
39 waltung hat mit den Systembetreibern 2018 vereinbart (Abstimmungserklärung), rund 30.000 Alt-
40 glastonnen von den Berliner Höfen - auf freiwilliger Basis - einziehen zu lassen und durch neue De-
41 potcontainer zu ersetzen.

42

43 In einem mit der zuständigen Senatsverwaltung abgestimmten Anschreiben an tausende Berliner
44 Hauseigentümer und Hausverwaltungen wird der Abzug der Hoftonnen zum Ende diesen Jahres
45 angekündigt ohne auf die Freiwilligkeit dieser Maßnahme hinzuweisen. Nach 1 einem in 2014 vo-
46 rangegangenen „Pilotversuch“ zum Abzug von Hoftonnen in MarzahnHellersdorf, Lichtenberg und
47 Treptow-Köpenick ging die dort gesammelte Altglasmenge um mehr als 20% zurück.

48

49 Falls sich die getrennt erfassten Altglas Mengen in Berlin im Zuge der Behälterumstellung ab 2020
50 weiter verringern, ist zu prüfen, ob das Land Berlin parallel zu den Systembetreibern der Verpa-
51 ckungssammlung eine eigene kommunale Altglassammlung anbieten kann.

52

01
02 Die Genehmigung von neuen Standorten für Altglascontainer im öffentlichen Straßenland, auf die
03 sich die Systembetreiber der Verpackungssammlung für die zukünftige Altglassammlung vor allem
04 aus Kostengründen zurückziehen wollen, soll von den zuständigen Bezirksämtern sehr kritisch ge-
05 prüft werden.

06
07 **Begründung**

08
09 Die Berliner Bevölkerung wird durch den angekündigten Abzug von Hoftonnen für die haushaltsna-
10 he Altglassammlung überrumpelt. Die Ankündigung zu (eigentlich freiwilligen) Abzug der Hoftonnen
11 erfolgt ohne Information der Nutzer*innen ausschließlich über die Hauseigentümer und Hausver-
12 waltungen. Im Anschreiben wird nicht darauf hingewiesen, dass der Abzug freiwillig erfolgt, d.h. das
13 man dem Abzug als Hauseigentümer bzw. – verwalter widersprechen kann.

14
15 Die getrennte Erfassung wird nach den Erfahrungen aus dem „Pilotversuch“ in drei östlichen Stadt-
16 bezirken deutlich ($\geq 20\%$) zurückgehen, statt mit dem Ziel „Zero-Waste“ zukünftig zu steigen.
17 Hausmüllanalysen zeigen, dass (Stand 2017) noch mehr als 50.000 Tonnen Altglas (entspricht ca.
18 25.000 CO₂-Einsparung!) in Berlin als Restabfall entsorgt werden. Dieses Potential muss gehoben
19 werden.

20
21
22
23 **Antrag 13/III/2019**

24 *Abteilung 94 (Halensee)*

25
26 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

27 **Pumpen für die Bäume**

28
29 Alle Grundwasserpumpen müssen wieder ertüchtigt werden, um Straßenbäume ohne die Nutzung
30 des Hauswassers versorgen zu können. Zugleich sollen Bäume mit Bewässerungsbeuteln oder Wur-
31 zelbewässerern ausgestattet werden.

32
33 **Begründung**

34
35 Die Bäume sind in den heißen und trockenen Sommermonaten auf die Bewässerung der Anwohner
36 angewiesen. Die Pumpen können einen Beitrag leisten.

37
38
39
40 **Antrag 14/III/2019**

41 *Abteilung 94 (Halensee)*

42
43 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

44
45 **Trinkbrunnen und Toiletten in unseren Kiezen**

46
47 Auf allen Plätzen im Bezirk sollen Trinkbrunnen aufgestellt werden.

48
49 **Begründung**

50
51 Ein Kiez lädt dazu ein, auch draußen auf den Bänken mit den Nachbarn zu verweilen. Die Sommer
52

01 werden immer heißer und wir müssen sicherstellen, dass die Berlinerinnen und Berliner eine An-
02 laufstelle haben, wo sie etwas trinken können. Er wertet unsere Plätze auf. Auch die Möglichkeit der
03 Toilettennutzung, beispielsweise für unsere Kleinsten, muss in unserer Stadt möglich sein.

04
05
06

07 **Antrag 17/III/2019**

08 *ASF Charlottenburg-Wilmersdorf*

09
10
11
12

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

13
14

14 **Ersatzlose Streichung des „Werbeverbots“ für Schwangerschaftsabbrüche!**

15
16
17
18

Die SPD fordert die ersatzlose Streichung des § 219 a StGB und die Aufhebung des Fraktionszwanges bei der entsprechenden Abstimmung im Bundestag.

19 **Begründung**

20
21
22
23

Jüngste Gerichtsverfahren haben gezeigt, dass die jetzige Kompromisslösung durch die Gesetzestextänderung des § 219 a StGB nicht geeignet ist, das Informationsbedürfnis von Frauen zu gewährleisten. Entsprechende Werbung ist bereits durch andere gesetzliche Regelungen sanktioniert.

24
25
26

27 **Antrag 18/III/2019**

28 *ASF Charlottenburg-Wilmersdorf*

29
30
31
32

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

33
34

Die Bildungsangebote in Schulen zum Thema „Häusliche Gewalt“ müssen erweitert werden, um die Ziele der Istanbul Konvention in Berlin umzusetzen. Dafür sind die finanziellen Mittel aufzustocken. Gleichzeitig sind die Vergütungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf Tarifniveau anzuheben.

35
36
37

38 **Begründung**

39
40
41
42

Im Rahmen der Istanbul Konvention (Völkerrechtlicher Vertrag von 2011) kommt der Prävention von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen eine große Bedeutung zu. Prävention sollte bereits in den Schulen beginnen mit Aufklärung, Sensibilisierungen Information von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern und Qualifizierungen des pädagogischen Personals. Deshalb sind Projekte wie die „Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen“, BIG e.V., verstärkt zu fördern und auszuweiten (vgl. <https://www.big-berlin.info/node/100>). Zugleich sollte die Vergütung der Beschäftigten auf das Tarifniveau angehoben werden.

43
44
45
46
47
48
49
50
51
52

01 **Antrag 21/III/2019**

02 *Abteilung 75 (Rund um den Lietzensee)*

03

04 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*
05 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

06

07 **Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben: Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments**
08 **auf Berliner Landesebene**

09

10 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird aufgefordert sich für die Einrichtung eines
11 Kinder- und Jugendparlaments (KJP) auf Berliner Landesebene einzusetzen. Hierzu kann insbeson-
12 dere auf den Erfahrungen des Charlottenburger KJP aufgebaut werden.

13

14 Wichtige Eckpunkte eines Berliner KJP sollten sein:

15

- 16 - Allgemeinpolitisches Mandat.
- 17 - Antrag- und Rederecht im Berliner Abgeordnetenhaus.
- 18 - Einbezug in die fachlich relevanten Ausschüsse des Abgeordnetenhauses.
- 19 - Einführung einer jährlichen Aktuellen Stunde im Abgeordnetenhaus, die durch das KJP gestaltet
20 wird, um das KJP sichtbar zu machen.
- 21 - Ausreichende Mittel- und Personalausstattung für die Organisation des KJP, Berlin weite Wil-
22 lensbildungsprozesse und eigenständige Projekte.

23

24 **Begründung**

25

26 KJP sind eine frühe Möglichkeit Demokratie zu erfahren, zu erlernen und auszuprobieren. Darüber
27 hinaus sind sie ein effektiver Weg Ideen und Forderungen der jungen Generation teilhabeorientiert
28 und authentisch in den parlamentarischen Willensbildungsprozess einfließen zu lassen.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52